

- Freie Wähler NOK - Freie Wähler NOK - Freie Wähler NOK - Freie Wähler NOK -

KREISTAGSFRAKTION

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises
am 24.07.2024 in Aglasterhausen**

**Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler
durch Thomas Ludwig**

zu TOP 20

„Haushaltszwischenbericht 2024“

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brötel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
m.s.v.D.u.H.,

der Haushaltszwischenbericht wird von der Verwaltung erstellt, um erste Tendenzen für das voraussichtliche Jahresergebnis zu erkennen und ggf. nachsteuern zu können. Erstmals seit vielen Jahren muss 2024 damit gerechnet werden, dass das Ergebnis wesentlich schlechter als der Plan ausfällt. Dafür gibt es viele Ursachen, wovon ich als erste die wirtschaftliche Krise unseres Landes ansprechen möchte. Sie tritt vor allem bei den Steuereinnahmen zu Tage, denn wann gab es das schon einmal, dass die Endabrechnung der FAG-Schlüsselzuweisungen für das Vorjahr negativ ausfiel und Mittel zurückgezahlt werden mussten? Zum zweiten ist die stagnierende Grunderwerbsteuer ein sicheres Indiz für die allgemeine Konjunkturschwäche. Die Unternehmen halten sich mit ihren Expansionsplänen zurück und viele Familien können sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden wegen davongaloppierender Baupreise und dem deutlich gestiegenen Zinsniveau nicht mehr leisten.

Doch diese Aspekte alleine würden, ebenso wie die sinkenden Bußgeldeinnahmen, noch kein Problem für den Kreishaushalt darstellen, zumal die Sachkostenbeiträge für die Schulen steigen und die Personalkosten hinter den Ansätzen zurückbleiben werden. Das letztgenannte Phänomen ist allerdings kein Grund zur Freude, denn es hat seine Ursache in zahlreichen unbesetzten Stellen. Der Fachkräftemangel lässt grüßen und ein Ende ist nicht abzusehen, denn auf den versprochenen nachhaltigen Bürokratieabbau werden wohl noch so einige Generationen von Verwaltungsmitarbeitern warten müssen.

Nein, das sind beim Kreishaushalt wahrlich nicht unsere Hauptsorgen, sondern die finanziellen Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und die ungeklärte Krankenhausfinanzierung. Zum BTHG wird auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vollmundig versprochen, dass die Kommunen und die Länder entlastet werden würden, weil Grundsicherungs- und Eingliederungshilfeleistungen getrennt, sowie teilweise vom Bund übernommen werden. In der Praxis sieht das Ganze für die Landkreise aber so aus, dass die Kostensteigerungen im Einzelfall bis zu 100 % betragen und es damit zu einer Ausgabendynamik kommt, die mit den bisherigen Planansätzen nicht abgebildet werden kann, zumal erst die Hälfte der Fälle umgestellt ist.

Fielen also z.B. Anfang 2022 für diese Hilfeart pro Monat Ausgaben i.H.v. rd. 1 Mio. € an, so sind es aktuell schon rd. 3 Mio. €. Im Ergebnis wird für dieses Jahr ein Nettoressourcenbedarf i.H.v. unvorstellbaren 37,7 Mio. € erwartet, aber das Ende der Fahnenstange ist damit eben noch längst nicht erreicht.

Doch diese Mehrausgaben sind eigentlich vollumfänglich vom Land zu ersetzen, denn Baden-Württemberg hat sich in einer 2019 mit dem Landkreistag und dem Städtetag geschlossenen Konnexionsvereinbarung dazu verpflichtet, den Stadt- und Landkreisen die BTHG-bedingten Mehrkosten zu erstatten. Allerdings macht das Land auch fünf Jahre nach Abschluss dieser Vereinbarung keinerlei Anstalten, sich an diese Verpflichtung zu halten. Deshalb haben die kommunalen Landesverbände und der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) bereits im Frühjahr in einem Grundsatzpapier genau das gefordert. Die bisher vom Land hierfür über alle 44 Stadt- und Landkreise eingeplanten 71 Mio. €, wovon der Neckar-Odenwald-Kreis ganze 900.000 € erhalten soll, wirken angesichts der tatsächlichen finanziellen Auswirkungen geradezu grotesk. Der Appell der Fraktion der FREIEN WÄHLER geht daher an unsere Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und von der CDU, dass sie die Regierungsparteien in Stuttgart dazu bewegen, dass das Land seine gegebenen Versprechen endlich einhält und die zugesagten Gelder schon bald eintreffen.

Denn, und damit komme ich zum letzten Punkt, das Defizit der Kreiskliniken stellt eine weitere extrem große Belastung für den Kreishaushalt dar, von der wir noch nicht wissen, wie sie der Landkreis zusammen mit seinen 27 Städten und Gemeinden auf Dauer stemmen soll. Aufsichtsrat und Kreistag haben in den zurückliegenden Amtszeiten mit spürbarem Erfolg große Anstrengungen unternommen, um die Strukturen unserer Kreiskliniken zukunftsfähig zu machen. Allerdings funktioniert das derzeitige Vergütungssystem für stationäre Gesundheitsleistungen nach dem Motto „Du hast keine Chance. Also nutze sie!“ Ein nicht auskömmliches Finanzierungssystem lässt immer mehr Leistungserbringer am langen Arm verhungern, während dem Bundesgesundheitsminister die Legalisierung des Cannabis-Anbaus und -Konsums wichtiger ist.

Auch hier geht der Appell der Fraktion der FREIEN WÄHLER an unsere Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, der SPD und der FDP, sich bei den Regierungsparteien in Berlin für die Belange unserer Kreiseinwohner stark zu machen. Darüber hinaus gehört die Rolle der Bertelsmann-Stiftung, die Herrn Lauterbach die Parole von der weiteren Zentralisierung des Gesundheitswesens immer wieder auf die Zunge legt, schon längst einmal kritisch hinterfragt. Im Moment sieht es für unseren Kreishaushalt aber so aus, dass sich das jährliche Defizit der Kliniken bei rd. 13 Mio. € pro Jahr einpendeln wird, was rd. sechs Hebesatzpunkten Kreisumlage entspricht. Es soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, welche Auswirkungen diese dauerhafte Zusatzbelastung für die künftigen Haushalte haben wird, denn heute geht es ja „nur“ um den Haushaltszwischenbericht. Die Signale sind bei uns Kreisräten aber angekommen und der Rahmen für die Haushaltsberatungen im Herbst damit schon zu einem guten Stück abgesteckt.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER bedankt sich bei Herrn Kreiskämmerer Schork und seinem Team für die aufschlussreiche Darstellung des bisherigen Haushaltsverlaufs und

Ihnen allen danke ich für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.